



FREIE WÄHLER

Bayern e.V.

Landesvorsitzender:

Hubert Aiwanger
Rahstorf 25
84056 Rottenburg
Tel. 08784/745
Email: hubert.aiwanger@t-online.de

Pressesprecher:

Gerhard Loshner
Tel. und Fax: 089/935926

Landesgeschäftsführer:

Michael Fischl
Tel.: 089/43739185
Fax: 089/43739211
Email: gstelle@freie-waehler.de

Pressemitteilung vom 15.07.2007

Bildungspolitischer Kongress der FW Bayern in Wolnzach:

Freie Wähler fordern Klassenstärke von maximal 25 Schülern

Weitere Forderungen: Zukunftsperspektive für die Hauptschule, Entlastung für Realschule und Gymnasium, radikale Entrümpelung der Lehrpläne, fünf Jahre gemeinsamer Unterricht an der Grundschule

Bayern befindet sich in der größten Schulkrise der letzten Jahrzehnte. Die Mehrheit der Bevölkerung ist mit der jetzigen Bildungspolitik nicht mehr zufrieden. Die Hauptschule leidet unter Akzeptanzproblemen. Die Realschule platzt aus allen Nähten, während Hauptschulen geschlossen werden, das Gymnasium ist durch die überstürzte Einführung des G8 in Turbulenzen geraten, Kinder leiden unter zunehmendem Leistungsdruck; übergroße Klassen, Unterrichtsausfall wegen Lehrermangel. Hubert Aiwanger: „Es brennt in der bayerischen Bildungslandschaft. Wenn die Probleme weiter vertuscht werden, endet das im Chaos!“

Die zentrale Forderung auf dem bildungspolitischen Kongress der FW war eine Reduzierung der derzeitigen Klassenstärke auf maximal 25 Schüler in allen Schularten. Insgesamt muss deutlich mehr Personal in die Schulen, um die Situation zu entspannen. FW-Vorsitzender Hubert Aiwanger: „Natürlich kostet das Geld, aber es gibt keinen anderen Weg. Ein Euro investiert in Bildung bringt drei Euro Rendite. Sparen bei der Bildung bringt explodierende Sozial- und Jugendhilfeausgaben sowie Fachkräftemangel in der Wirtschaft. Das haben wir momentan.“

Als großes Problem sehen Eltern und Lehrer derzeit den hohen und frühen Selektionsdruck für den Übergang an Realschule und Gymnasium. Daher fordern die Freien Wähler:

1. Die Kinder sollen in Zukunft fünf statt bisher vier Jahre gemeinsam an der Grundschule unterrichtet werden. Die Realschulen und Gymnasien werden dadurch personell und räumlich entlastet, Hauptschulkapazitäten können besser genutzt werden. Gefährdete Grund- und Hauptschulstandorte müssen durch eine Absenkung der Mindestschülerzahl auf 10 statt bisher 15 pro Klasse und bei Bedarf durch jahrgangskombinierte Klassen gerettet werden, um die wohnortnahe Beschulung zu sichern und teuren „Schülertourismus“ einzudämmen.

2. Ab der fünften Klasse soll in Grund- und Hauptschule durchgehend ein leistungsdifferenzierter Unterricht eingeführt werden. Dies dient der gezielten Heranführung an Realschule und Gymnasium und ermöglicht auch in den höheren Jahrgangsstufen eine stärkere Durchlässigkeit zwischen den Schularten.

3. Den Lehrern an der Hauptschule soll eine zusätzliche Berufsperspektive eröffnet werden, indem sie sich auf Realschullehrer-Niveau höherqualifizieren können und dann natürlich auch entsprechend bezahlt werden. Dies ist auch für den leistungsdifferenzierten Unterricht notwendig.

Weiter halten die Freien Wähler eine grundlegende Entrümpelung der Lehrpläne für dringend erforderlich, die Schule muss zielorientierter arbeiten können. Die Schulen brauchen mehr Entscheidungsspielraum, z.B. zum flexibleren Einsatz von Lehrkräften.

Dies gilt auch für Berufsschulen. Berufsvorbereitung und Ausbildungsfähigkeit müssen besonders auch an den Hauptschulen verbessert werden. Ein flächendeckendes bedarfsorientiertes Ganztagsangebot in allen Schularten ist Zug um Zug aufzubauen.

Der Kindergarten soll in Zukunft dem Bildungsministerium unterstellt sein, nicht mehr dem Sozialministerium. Ein kostenfreies und verpflichtendes letztes Kindergartenjahr dient der Vorbereitung auf die Grundschule.

Die Freien Wähler stellen fest, dass die Bildungsanforderungen in einer Gesellschaft einem ständigen Wechsel unterliegen. Deshalb muss die Bildungslandschaft den neuen Anforderungen immer wieder angepasst werden. Es ist unübersehbar, dass die Schule heute auch zunehmend Erziehungsfunktionen zu übernehmen hat. Dazu muss die Schule auch in die Lage versetzt werden. Überfüllte Klassen, überstopfte Lehrpläne und frustrierte Schüler, Lehrer und Eltern verhindern derzeit eine Lösung dieser Aufgabe. Hubert Aiwanger und FW-Bildungssprecher Christian Kögl abschließend: „Problemzonen müssen gezielt angegangen werden, ohne Bewährtes über den Haufen zu werfen. Dafür stehen die Freien Wähler.“

Bild: (v. links nach rechts)

FW-Landespressesprecher Gerhard Losher, FW-Landesvorsitzender Hubert Aiwanger, Josef Schäch, Erster Bürgermeister der Marktgemeinde Wolnzach und Christian Kögl, Sprecher des FW-Arbeitskreises Bildung, diskutierten auf dem bildungspolitischen Kongress in

Wolnzach mit Freien Wählern aus ganz Bayern über Auswege aus der tiefen Krise der bayerischen Bildungspolitik